

Berner Politik

Nur jeden zweiten Tag duschen

Magdalena Martullo
über das neue
Energiegesetz



Das neue Energiegesetz will den Energieverbrauch in 18 Jahren um 43 Prozent senken. Eine gigantische staatliche Regulierung soll das sicherstellen. Strom, Benzin, Gas und Öl sollen massiv verteuert werden. Überall sollen Verbote und Auflagen (etwa zur Sanierung von alten Gebäuden) verfügt werden. Die Stromproduzenten schreiben uns dann vor, wer wann wie viel Strom verbrauchen darf. Damit sie wirken, rechnet der Bundesrat mit 200 Milliarden Franken für diese Lenkungsabgaben – also fast das Dreifache des Bundeshaushaltes! Eine vierköpfige Familie wird 3200 Franken pro Jahr zusätzlich zu bezahlen haben. Wir sollen unser Handy

nur noch jeden zweiten Tag benutzen und nur noch halb so viel fernsehen. Wir gehen in der Schweiz dann mit den Hühnern zu Bett, duschen nur noch jeden zweiten Tag warm und heizen unsere Wohnungen höchstens auf 17 Grad. Touristen kommen wohl zu Fuss (der Verkehr braucht einen Drittel der gesamten Energie) und werden mit einem kalten Imbiss empfangen. Unsere Industrie wird wieder von Hand betrieben.

Merken Sie etwas? Das neue Energiegesetz greift mindestens so stark in unseren Alltag ein, wie die im letzten Herbst vom Volk abgelehnte «Grüne Wirtschaft» das vorsah. Vor den grossen Energieeinsparungen sollen aber noch die erneuerbaren Energien vervierfacht werden. Alles hoch subventioniert, versteht sich. Auch diese 1,3 Milliarden Franken pro Jahr haben die Bürger und die kleinen und mittleren Unternehmen zu berappen. Für die Wasserkraft reicht es aber

dennoch nur für eine homöopathische Unterstützung während fünf Jahren. Diese reicht bei Weitem nicht aus, um sie gegenüber der stark subventionierten Sonnen- und Windkraft konkurrenzfähig zu halten.

Laut einer Studie von Josias Gasser Baumaterialien und swisscleantech soll das neue Energiegesetz mit seinen angeordneten Gebäudesanierungen 0,7 Prozent neue Stellen in Graubünden schaffen. Lassen Sie sich nicht täuschen: Auch diese subventionsabhängigen Arbeitsplätze zahlen Sie! Mit dem neuen Energiegesetz greift der Staat massiv in die Haushalte und in die kleinen und mittleren Unternehmen ein. Er lässt sie bewusst massiv höhere Energiepreise, Mieten, Abgaben und Steuern bezahlen. Geld, welches dann, auch in Graubünden, überall im Alltag fehlt!

* Magdalena Martullo ist Bündner SVP-Nationalrätin